

Presse-Information

Nr. 946

22. Oktober 2009

Heute mit folgenden Themen:

- **Neue Regierung: Gegen Gigaliner und für Einführung von Fernbuslinien?**
- **ARCD bleibt bei Forderung nach einem eigenständigen Verkehrsministerium**
- **Wie Steuergelder verschwendet werden**
- **Lufthansa: Auf Langstrecken bald wieder Online-Verbindungen möglich**
- **Autoverkäufe steigen mit Auslaufen der Abwrackprämien**
- **Lästige Flüssigkeitskontrollen an Flughäfen gehen weiter**
- **EU legt Grundstein für einheitliche mobile Mauterhebung für Lkw und Pkw**
- **Flugsicherheit: „Todmüde“ Piloten fordern Arbeitszeitbeschränkung**

Neue Regierung: Gegen Gigaliner und für Einführung von Fernbuslinien?

Bad Windsheim (ARCD) – Die neue Koalition in Berlin will die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur auf dem derzeitigen Niveau sicherstellen. Die „Einnahmen aus der Lkw-Maut sollen vollständig in die Fernstraßen, die Trassenerlöse („Schienenmaut“) komplett in die Schieneninfrastruktur zurück fließen“, heißt es in einem vertraulichen Papier einer Arbeitsgruppe Verkehr, das dem Auto- und Reiseclub Deutschland (ARCD) vorliegt. Darin geben Fachpolitiker der Regierungskoalition ihren Verhandlungsführern in den Koalitionsgesprächen Empfehlungen, wie die künftige Verkehrspolitik aussehen soll. Als wichtiges Projekt werden darin neue Finanzierungsinstrumente vorgeschlagen, damit der Investitionsbedarf der Verkehrsinfrastruktur immer weniger vom Bundeshaushalt abhängig wird. Dies soll durch eine Ausweitung der „Private-Partnership“-Modelle geschehen, bei denen Private die Vorfinanzierung von Investitionsvorhaben übernehmen. Die neue Koalition will zudem eine bessere Auslastung von vielbefahrenen Autobahnabschnitten durch mehr Verkehrssteuerungs- und Verkehrsmanagementsysteme erreichen. Eine Erhöhung der Lkw-Maut soll in der kommenden Legislaturperiode nicht kommen; von einer Pkw-Maut ist in dem Papier zwar nicht die Rede, sie wird aber auch nicht explizit ausgeschlossen. Die Fachpolitiker aus dem Regierungslager lehnen darüber hinaus die Einführung von 60-Tonnen-Lkw („Gigaliner“) zwar ab, wollen aber „eine maßvolle Erhöhung der Lkw-Fahrzeuggrößen und -gewichte“ ermöglichen. Im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) soll der Vorrang gewerblicher Verkehre und insbesondere eine größere Betreibervielfalt im Busgewerbe gewährleistet werden. Aufgabenträger bleiben aber wie bisher die Kommunen. Die Koalition will außerdem den Busfernlinienverkehr generell zulassen und dazu den § 13 im Personenbeförderungsgesetz (PBefG) ändern. Bisher war der Busfernlinienverkehr als Ausnahme nur von und nach Berlin erlaubt. Wie nicht anders zu erwarten, wird von der neuen Regierung aus CDU/CSU und FDP auch eine „schrittweise, ertragsoptimierte Teilprivatisierung der Transport- und Logistiksparten“ der Bahn AG eingeleitet. Als „regulierungsbedürftig“ bezeichnen die Koalitionäre die Trassen- und Stationspreise, den Zugang zu Serviceeinrichtungen, den Bezug von Bahnstrom und Vertriebsleistungen im Schienenpersonenverkehr. Ferner soll die Bundesnetzagentur gestärkt werden. Beim Flugverkehr will die Koalition eine „Liberalisierung des Nachtflugverbots“ sicherstellen. Wichtigste Vorhaben bei der Schifffahrt sind der Ausbau der Binnenwasserstraßen und verbesserte Hinterlandanbindungen für Seehäfen. In den



Presse-Information

Vorschlägen für die neue Regierung sind auch eine weitere steuerliche Förderung bei Investitionen in den Schiffbau, finanzielle Hilfen bei der Flottenmodernisierung und bei der Umrüstung auf abgasärmere Motoren enthalten. Der ARCD stellt dazu fest, dass Fragen wie die Entwicklung des privaten Autoverkehrs und die Verkehrssicherheit in den Vorschlägen der Koalition kaum Erwähnung finden. Insgesamt entstehe nach der Lektüre des Papiers der Eindruck, dass die Verkehrspolitik in den kommenden Jahren keine besondere Priorität genießt, soweit sie nicht wirtschaftlichen Interessen dient und den Einfluss des privaten Sektors stärkt. Die Handschrift der großen Lobbyverbände aus Wirtschaft, Luftfahrt und Güterverkehr ist nach Ansicht des Clubs unverkennbar. Hier fordert der ARCD eine klare Position der Regierung in Hinblick auf die Interessen der Bundesbürger – vor allem wenn sich hieraus Nachteile für den Pkw-Verkehr ergeben könnten. **ARCD**

ARCD bleibt bei Forderung nach einem eigenständigen Verkehrsministerium

Bad Windsheim (ARCD) – Vor knapp einem Jahr forderte der Auto- und Reiseclub Deutschland (ARCD) ein eigenständiges Verkehrsministerium ohne die Ressorts Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Aufbau Ost. Zum Abschluss der Koalitionsverhandlungen in Berlin verstärkt der Club diese Forderung. Der Zuschnitt des bisherigen Multi-Ministeriums sei zu groß und sachlich nicht gerechtfertigt. Allein die heutigen und künftigen Probleme der Deutschen Bahn AG mit dem Bund als Alleineigentümer würden ausreichen, einen Verkehrsminister voll auszulasten – auch im Hinblick auf Pläne für eine künftige (Teil-)Privatisierung der Bahn. In der Ausgabe Nr. 43 vom 19. Oktober 2009 schlägt Henning Krumrey, stellvertretender Chefredakteur der „WirtschaftsWoche“, sogar die Aufteilung des bisherigen Ministeriums mit den Bereichen Verkehr, Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Aufbau Ost in die Ministerien für Finanzen und Wirtschaft und damit seine Abschaffung vor. Das Ressort Verkehr soll als „Torso“ im Wirtschaftsministerium aufgehen. Der ARCD warnt vor solchen Plänen, weil nur ein eigenständiges Verkehrsministerium seine Aufgaben für eine ausreichende Finanzierung der zum Teil maroden Verkehrsinfrastruktur, bei der Staubekämpfung und bei Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit erfüllen kann. Auch der von der bisherigen Regierung angekündigte „Masterplan Personenverkehr“ hat nur dann eine Chance auf Realisierung, wenn die vielen widerstreitenden Interessen weiterhin von einem selbstständigen Verkehrsministerium gebündelt und bearbeitet werden können. Durch den zunehmenden Einfluss der EU-Verkehrspolitik auf die Verkehrspolitik ihrer Mitgliedsländer werde nach Auffassung des ARCD ein eigenständiger Ressortchef bzw. eine Ministerin gebraucht, um in Brüssel und gegenüber den mächtigen Lobbyverbänden hierzulande die Interessen der deutschen Autofahrer mit Nachdruck vertreten zu können. **ARCD**

Wie Steuergelder verschwendet werden

Bad Windsheim (ARCD) – Immer wieder neue kabarettreife Geschichten liefert das Schwarzbuch über die öffentliche Verschwendung von Steuergeldern, das der Bund der Steuerzahler jährlich veröffentlicht. In der aktuellen Ausgabe finden sich 128 Fälle, darunter auch Beispiele aus dem Verkehrsbereich. Der Auto- und Reiseclub Deutschland (ARCD) hat die folgenden Fälle herausgepickt:

Die Steuerwächter staunten nicht schlecht, dass beim Ausbau der Staatsstraße 2379 zwischen Ottmaring und Bachern im Landkreis Aichach (Bayern) eine erst im April 2009 eingebaute Asphalttragschicht über eine Strecke von 700 Metern wieder abgetragen wurde. Bei ersten



Presse-Information

Testfahrten stellte sich nämlich heraus, dass beim Überholen ein entgegenkommendes Fahrzeug nicht oder zu spät erkennbar ist. Also wurde die Fahrbahnführung entschärft und der Streckenabschnitt anschließend mit einer neuen Tragschicht versehen. Der Mehraufwand zur Behebung dieses Planungsfehlers kostete rund 100.000 Euro.

Ein anderer gravierender Planungsfehler passierte in Grünhain-Beierfeld. Die Stadt im sächsischen Erzgebirge baute für 78.000 Euro einen drei Meter breiten Fußweg nach Bernsbach. Nach nur 200 Metern endet der Weg jedoch im Nirgendwo. Der Grund: Die Nachbargemeinde sah überhaupt keine Notwendigkeit für einen Verbindungsweg. Offene Grundstücksfragen und eine Einigung mit der Nachbargemeinde wurden vor dem Bau überhaupt nicht geklärt.

Um den Naturschutz und die lieben Viecherl ging es bei einer Baumaßnahme in Rostock. Dort wollte man Fröschen, Kröten, Molchen und anderen Amphibien eine eigene Flaniermeile anbieten. Also baute Rostock für die wanderungsaktiven Tiere auf dem Parkplatz Wilhelmshöhe für mehr als 100.000 Euro eine rund 100 Meter lange Bummelstrecke und einen eigenen schicken Zaun dazu. Zu diesem Zweck musste die große Fläche mit Zufahrten und Wendemöglichkeiten aufwändig neu angelegt werden. Eine von Experten vorgeschlagene, viel kostengünstigere Variante mit einem kleinen Tunnel quer unter dem Platz kam aus Sicht der örtlichen Planer jedoch nicht in Frage. Die Luft wäre darin für die Kröten zu schlecht, lautet die überraschende Erklärung.

Schlau gingen die Stadtväter von Herford in Westfalen bei der Finanzierung einer Fußgänger- und Radfahrer-Brücke für 900.000 Euro vor. Sie bauten den Überweg viel größer als notwendig. Selbst Kleintransporter könnten die für den motorisierten Straßenverkehr gesperrte Brücke passieren. Hätte Herford aber eine kleinere und kostengünstigere Variante gewählt, wären Zuschüsse vom Land ausgeblieben, begründete die Stadt die sachfremde Überdimension. Also entschied man sich lieber auf Kosten der Steuerzahler für die teure Variante – frei nach dem Motto: Wir haben es ja! **ARCD**

Lufthansa: Auf Langstrecken bald wieder Online-Verbindungen möglich

Bad Windsheim (ARCD) – Nach drei Jahren Unterbrechung will die Lufthansa ihren Passagieren auch auf Langstreckenflügen wieder einen Internetservice an Bord bieten. Dabei setzt sie mit dem System „FlyNet“ auf Satellitenübertragungstechnik, die auch Verbindungen auf Interkontinentalflügen über dem Meer ermöglicht. Anders als rein terrestrische Systeme ist die von Panasonic Avionics entwickelte Technologie nicht mehr von verschiedenen Empfangsstationen auf der Erde abhängig. Nach einer Mitteilung der Lufthansa kann sich der Fluggast während des Fluges mit seinem Laptop ins Internet einloggen und über Handy oder Smartphone SMS schreiben, E-Mails verschicken oder surfen. Pro Stunde werde der Zugang etwa 10 US-Dollar kosten und über einen Mobilfunkanbieter oder die Kreditkarte des Passagiers abgerechnet. Die Airline beabsichtigt, bereits Mitte 2010 einen Großteil ihrer Langstreckenflotte mit diesem System auszurüsten. Handy-Gespräche über den Wolken bleiben nach Angaben eines Sprechers aber auch weiterhin tabu. Begründung: Man wolle das Ruhebedürfnis der Reisenden respektieren – eine Entscheidung, die der ARCD begrüßt. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, reiste im internationalen Verkehr aus Deutschland ein Flugpassagier im Jahr 2008 durchschnittlich 2.508 Kilometer weit, alle von deutschen Flughäfen begonnenen Flugreisen hatten eine durchschnittliche Streckenlänge von 1.966 Kilometern. Dies entspreche ziemlich exakt auch der Entfernung, die jeder Einwohner in Deutschland durchschnittlich im gesamten Jahr 2008 mit Bussen und Bahnen unterwegs war.



Presse-Information

Passagiere mit Flugzielen in Deutschland legten durchschnittlich 434 Kilometer zurück. Die durchschnittliche Reiseweite zu europäischen Flugzielen lag hingegen bei 1.200 Kilometern.

ARCD

Autoverkäufe steigen mit Auslaufen der Abwrackprämien

Bad Windsheim (ARCD) – Im September näherten sich die Verkaufszahlen von Neuwagen in Europa erstmals wieder den Werten von 2007 an: 1.388.136 Neufahrzeuge wurden in EU und EFTA neu zugelassen, das sind 6,3 % mehr als im September 2008. Der Verband europäischer Automobilhersteller ACEA führt dieses gute Ergebnis auf „Last-Minute“-Einkäufe zurück, die vor dem Auslaufen der Abwrackprämien-Regelungen auf wichtigen westeuropäischen Märkten, vor allem in Deutschland, getätigt wurden. Die größten Zuwächse im September verzeichneten neben Deutschland (+ 21 %) auch Spanien (+ 18 %), Österreich (+ 17,9 %) und Frankreich (+ 14 %). Auch in Großbritannien (+ 11,4 %) und Italien (+ 6,8 %) ist der Autoabsatz wieder gestiegen. In Osteuropa konnten nur Polen (+ 7,9 %) und Tschechien bei den Pkw-Neuregistrierungen zulegen (+ 0,5 %), in den meisten neuen Mitgliedsstaaten hingegen waren Rückgänge bis zu 80,4 % (Lettland) gegenüber dem Vergleichsmonat 2008 zu verzeichnen. Obwohl seit Juni wieder Zuwächse bei Pkw-Verkäufen in EU und EFTA gemeldet werden, liegen die Neuanmeldungen insgesamt um 6,6 % hinter jenen der ersten neun Monate des Jahres 2008. Nur in Österreich (+ 6,7 %), Frankreich (+ 2,4 %) und vor allem in Deutschland (+ 26,1 %) expandierte der Markt dieses Jahr – allein drei von zehn Neufahrzeugen in Europa wurden seit Januar in Deutschland angemeldet. Laut vorläufigen Statistiken des Verbands deutscher Automobilhersteller wurden 54 % der (bislang behandelten) Prämienanträge in Deutschland für inländische Fabrikate gestellt. 96 % der Steigerungen des deutschen Marktes gingen an Pkw der Kompakt-, Klein- und Kleinstklasse. Seit August verzeichnen deutsche Hersteller auch wieder Zuwächse bei den Export-Aufträgen. „Es ist noch zu früh, um ein Ende der Krise auszurufen, aber es zeichnet sich nach einem Jahr eine spürbare Stabilisierung auf den Auslandsmärkten ab“, betonte Matthias Wissmann, Präsident des VDA. **ARCD**

Lästige Flüssigkeitskontrollen an Flughäfen gehen weiter

Bad Windsheim (ARCD) – EU-Verkehrskommissar Antonio Tajani musste die unangenehme Rolle des Überbringers unpopulärer Maßnahmen im EU-Verkehrsministerrat übernehmen: Zu seinem Bedauern gäbe es nach wie vor (noch) keine marktfähigen Geräte zur Aufspürung flüssigen Sprengstoffs im Handgepäck von Flugpassagieren, so Tajani. Reisende müssten sich daher auch weiterhin bei sämtlichen Gels und Flüssigkeiten, die sie in die Flugzeugkabine mitnehmen wollten, auf Mengen von max. 100 ml beschränken und die in einem Plastikbeutel verstauten Behältnisse beim Sicherheitscheck vorweisen. Die Regelung aus dem Jahre 2006 hätte im April 2010 auslaufen sollen, müsse aber von der EU-Kommission mangels Alternativen um weitere zwei bis vier Jahre verlängert werden. Ab April 2010, so der Vorschlag der Kommission, sollte es erlaubt sein, Flüssigkeiten, die auf Flughäfen in Drittländern etwa in Zollfreiläden eingekauft wurden, aus der restriktiven Regelung auszunehmen. Bis April 2012 müssten dazu alle großen Flughäfen (ab 10 Millionen Abfertigungen) mit entsprechenden Kontrollgeräten ausgerüstet werden, um Flüssigsprengstoff im Handgepäck automatisch aufspüren zu können. Die kleineren Airports hätten im April 2014 zu folgen. „Der Aufwand steht in keinem Verhältnis zum Nutzen“, kritisierte EU-Abgeordneter Markus Ferber (CSU), der wie die



Presse-Information

meisten seiner Parlamentskollegen eine rasche Aufhebung wünscht. „Die Kontrolle von Flüssigkeiten an allen europäischen Flughäfen hat keinen nachweisbaren Zugewinn an Sicherheit für Flugpassagiere gebracht“, urteilte Ferber. Das Verbot der Mitnahme von Flüssigkeiten an Bord entspringe einem politischen Aktionismus. „Die Kommission hat bisher keine Fakten über die tatsächliche Bedrohungslage (...) vorgelegt“. Großbritannien hatte das Verbot im Sommer 2006 nach einem vereitelten Anschlag gefordert und verteidigt es unbeirrbar, um Terrorakten vorzubeugen. **ARCD**

EU legt Grundstein für einheitliche mobile Mauterhebung für Lkw und Pkw

Bad Windsheim (ARCD) – In fünf Jahren soll ein gesamteuropäisches elektronisches Mauterhebungssystem für alle Fahrzeuge einsatzbereit sein. Die Europäische Kommission hat am 6. Oktober die grundlegenden technischen Spezifikationen und Anforderungen für das „European Electronic Toll System“ (EETS) festgelegt. Seit dem Wegfall der Grenzkontrollen wäre dies die wichtigste Verbesserung im Dienste des Verkehrsflusses im EU-Binnenmarkt, freute sich EU-Verkehrskommissar Antonio Tajani. „Der europäische elektronische Mautdienst wird es den Straßenbenutzern ermöglichen, Mautgebühren überall in der Europäischen Union auf einfache Weise zu zahlen, mit nur einem einzigen Vertrag bei einem einzigen Dienstleister und mit einem einzigen Bordgerät“, erklärte Tajani. Der EETS-Dienst soll auf allen Straßeninfrastrukturen der EU wie Autobahnen, Tunneln und Brücken zur Verfügung stehen, wo Mautgebühren über ein Bordgerät erfasst werden. Die Nutzung dieses Dienstes würde zu weniger Barzahlungen an Mautstationen führen und Warteschlangen verkürzen, hofft die Kommission. Die verschiedenen nationalen elektronischen Lkw-Mautsysteme können derzeit nur Daten mit dem jeweils systemeigenen Bordgerät austauschen, was deren Anzahl in den Fahrerkabinen ständig anwachsen lässt und hohe Verwaltungskosten nach sich zieht. Binnen drei Jahren sollen sich Transporter ab 3,5 t sowie Busse bei einem EU-Dienstleister ihrer Wahl einschreiben können, der ihnen in der Folge sämtliche Mautgebühren entlang internationaler Strecken – ohne Mehrkosten – in Rechnung stellt. Das einheitliche Mautsystem betrifft zwar vorrangig den Güter- und Busverkehr, soll aber in fünf Jahren auch für jeden privaten Pkw einsetzbar sein. Eine kilometerabhängige Pkw-Maut rückt damit technisch in den Bereich des Machbaren, da in voraussichtlich fünf Jahren eine extrem genaue satellitengestützte Datenübertragung dank Inbetriebnahme des europäischen Navigationssystems Galileo möglich wird. Die Niederlande planen als erstes EU-Land eine Einführung im Jahr 2014 oder 2015. Der ARCD fordert daher heute schon alle politischen Verantwortlichen auf, in Bezug auf eine Pkw-Maut klar Stellung zu beziehen. Eine öffentliche Datenschutzdebatte rund um neue Erfassungssysteme wäre aus seiner Sicht angesichts des raschen technischen Fortschritts auf EU-Ebene dringender denn je zu führen. **ARCD**

Flugsicherheit: „Todmüde“ Piloten fordern Arbeitszeitbeschränkung

Bad Windsheim (ARCD) – Piloten und Kabinenpersonal können nach heutigem EU-Recht bis zu 180 Stunden Dienst in drei Wochen versehen und dabei täglich bis zu 14 Stunden im Flugeinsatz stehen. Die unter wirtschaftlichem Druck stehenden Flugunternehmen würden diese maximalen Arbeitszeiten auch zunehmend ausschöpfen und damit laut Vertretern der europäischen Pilotenvereinigung ECA (www.eurocockpit.be) die Sicherheit von Passagieren und Flugpersonal gefährden. Die Aktionsplattform www.Dead-Tired.eu forderte von EU-Verkehrskommissar Antonio Tajani unverzüglich eine Revision der Arbeitszeitregelung für flie-



Presse-Information

gendes Personal. Gewerkschaftsvertreter der ETF (European Transport Federation) warfen ihm vor, Sicherheitsfragen unter dem Vorwand der Wirtschaftskrise aufzuschieben. „Wir können nicht länger zulassen, dass die Fluglinien die Institutionen der EU in Geiselschaft nehmen“, schimpfte ECA-Vorsitzender Kapitän Martin Chalk. Die Forderungen des Flugpersonals stützen sich auf eine Studie der Europäischen Flugsicherheitsagentur EASA (www.easa.eu) aus dem Jahre 2008, die eine maximale Arbeitszeit von 100 Stunden in zwei Wochen und 13 Stunden pro Tag empfiehlt. Besonderes Augenmerk müsse man aufgrund unregelmäßiger Arbeits- und Ruhezeiten vor allem auf Nacht- und Langstreckenflüge über mehrere Zeitzonen richten. Laut Informationen der Internetpublikation EurActiv befürchten Fluglinien, dass bei strengeren Arbeitszeitregelungen 15 bis 20 % mehr Personal erforderlich wären, und wehren sich gegen striktere EU-Regeln. Die EASA will bis Mitte nächsten Jahres einen entsprechenden Gesetzesvorschlag für die EU-Kommission erarbeiten, der frühestens Mitte 2012 zu neuen Arbeitszeitbestimmungen für fliegendes Personal führen könnte. **ARCD**

